

**Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von Bündnis 90/Grüne, SPD, FDP, CDU und Linken
für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 24.01.22**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wagemeyer,

lieber Sebastian,

wir möchten Sie bitten, folgenden Antrag zur Verringerung der Elternbeiträge im Bereich der Kindertagespflege, Kitas und OGS in die Tagesordnung der kommenden Ratssitzung aufzunehmen:

1. Anhebung der Einkommensgrenzen auf 35.000 €, so dass Beitragsfreiheit für Kita und OGS bis zu einem Einkommen von 35.000 € gilt.
Für die bestehende Geschwisterkindregelung bedeutet dies, dass Eltern erst ab einem Jahreseinkommen von 70.000 € Beiträge für Geschwisterkinder leisten müssen. Auch hier abzüglich der Verringerung der Beiträge von Punkt 2.
2. Verringerung der Elternbeiträge von 30 € in allen Beitragsstufen. Somit profitieren einkommensschwache Haushalte prozentual deutlich stärker als einkommensstärkere Haushalte.
3. Beide Entlastungsvorschläge sollen zum 01.08.22 in Kraft treten und gelten für Kindertagespflege, Kita und OGS.

Begründung:

Elternbeiträge für Kita und OGS sind ein grundlegendes Anliegen aller Eltern in Lüdenscheid und so gleich ein wichtiges Thema für den Jugendhilfeausschuss der letzten Jahre. Es herrscht Einigkeit in allen Parteien darüber, dass grundsätzlich eine Beitragsfreiheit erreicht werden soll, dies aber aufgrund der Haushaltssituation aktuell noch nicht möglich ist.

Formulierter Wunsch aller Parteien und Mitglieder des Jugendhilfeausschusses ist es immer gewesen, die Erhöhung der Elternbeiträge bei Verbesserung der Haushaltslage auf den Prüfstand zu stellen und im besten Fall, diese wieder sinnvoll abzubauen.

Um die Eltern spürbar finanziell zu entlasten, haben sich die Fraktionen darauf geeinigt, obenstehende Punkte 1-3 durch ein einstimmiges, positives Votum für diese Entlastungsvorschläge aus dem JHA in die Beratung der Fraktionen mitzunehmen.

Nach den Beratungen in den Fraktionen erfolgt nun der Antrag zur Verringerung der Elternbeiträge durch die oben aufgeführten Parteien.

Die angestrebte Entlastung für Familien bedeutet gleichzeitig eine Belastung von ca. 450.000 € jährlich ab 2023 – entsprechend anteilig ab 01.08.22. Deckungsvorschlag sind die Einnahmen aus dem erhöhten Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie zusätzliche

Erträge aus dem Betrieb der städtischen Betriebsgrößtagespflegestelle, die in der bisherigen Planung noch nicht berücksichtigt waren.



Jürgen Appelt
(stellv. Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Grüne)

gez.

Oliver Fröhling (Fraktionsvorsitzender der CDU)

Jens Voss (Fraktionsvorsitzender der SPD)

Jens Holzrichter (Fraktionsvorsitzender der FDP)

Jupp Filipppek (Fraktionsvorsitzender der LINKE)

Tanja Tschöke (Vorsitzende Jugendhilfeausschuss)